

Zeitschrift: Diskussion : Magazin für aktuelle Gewerkschaftspolitik
Herausgeber: Diskussion
Band: - (1988)
Heft: 6: Zukunft der Gewerkschaften?

Artikel: Drei Hypothesen gewerkschaftlicher Zukunft : Referat
Autor: Rossi, Martino
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-584308>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 26.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DREI HYPOTHESEN GEWERKSCHAFTLICHER ZUKUNFT

REFERAT VON MARTINO ROSSI,
VIZEPRÄSIDENT GEWERKSCHAFTSBUND TESSIN

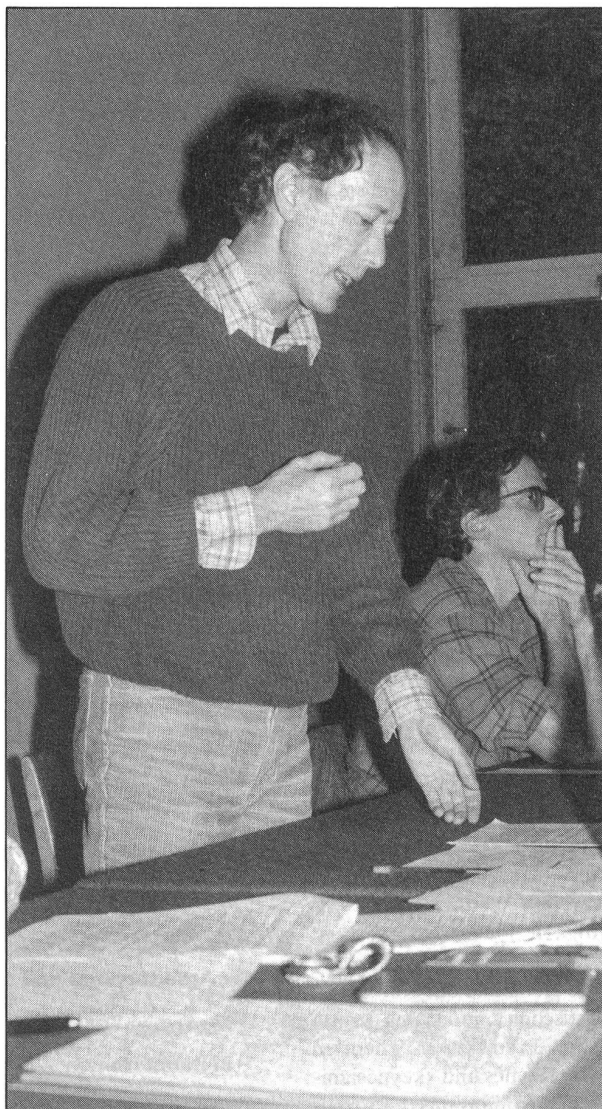
**Grundtendenz
unserer Epoche
ist der Verfall
des Wertes der Arbeit
und der Arbeit
als Wert.**

Grund für den Verfall des Wertes Arbeit: der technologische Fortschritt – insbesondere die Informatik, die «Roboterisierung», die künstliche Intelligenz –, der die Erhöhung der Arbeitsproduktivität mit sich bringt.

Folgen: Absinken der Beschäftigungsrate innerhalb der Bevölkerung, Verkürzung der Arbeitszeit im Lebenszyklus eines jeden von uns, strukturelle Arbeitslosigkeit.

Gründe für den Verfall der Arbeit als ethischer Wert: die weiter oben erwähnten strukturellen Erscheinungen; die Erhöhung des materiellen Wohlstandes und der sozialen Sicherung; die sozialen Kosten der Produktion (und folglich der Arbeit) in der Form der Zerstörung des ökologischen Gleichgewichts.

Äusserungen (Erscheinungen) dieses Wertverlustes: «post-materialistische»



Werte, Arbeitsverweigerung als notwendiges Opfer, Suche nach der «persönlichen Entfaltung».

Gegen-Tendenzen: Ausweitung der kommerziellen Produktion auf die Befriedigung der Bedürfnisse auf dem Gebiete der persönlichen Dienstleistungen (mit hoher Arbeitsintensität); verringerte Beschäftigungsgarantie und Abbau der sozialen Sicherheit; Verherrlichung des Unternehmers und des Managers als Idole der Gesellschaft.

Folgen des Wertzerfalls der Arbeit und der Arbeit als Wert: Die Arbeit als dominierender Faktor im Leben des Individuums und der Gesellschaft büsst an Bedeutung ein und mit ihr auch die Organisation der Arbeitnehmer.

**Die Verallgemeinerung
der Lohnarbeit ist begleitet
von einer enormen
Verschiedenartigkeit
der Arbeitnehmer**

Ursachen: Konzentration des Kapitals, Verminderung der landwirtschaftlichen und handwerklichen Tätigkeiten

sowie des Kleinhandels; Internationalisierung der freien Berufe in den grossen privaten und öffentlichen Organisationen, Diversifizierung der Produktion von Gütern und Dienstleistungen; Diversifizierung der Funktion innerhalb der Betriebe (Spezialisierung, Niveau in bezug auf die Qualifikation und die Stellung innerhalb der Hierarchie usw.); Unterschiede in bezug auf die Anstellungsbedingungen (Teilzeitarbeit usw.); Zunahme des Frauenerwerbs.

Auswirkungen: 90% der Berufstätigen in der Schweiz sind Lohnempfänger, die Zahl der anerkannten Berufe nimmt ständig zu; die Einkommensunterschiede unter den Lohnempfängern werden immer grösser.

Folgen: Der Begriff «Arbeiterklasse» (als «besondere» Klasse) verliert an Bedeutung; Unmöglichkeit für die Arbeiter, sich innerhalb der «Arbeiterklasse» (einer «besonderen» Klasse) zu identifizieren; gegensätzliche Interessen innerhalb der Arbeitnehmerschaft; die Verteilung spielt sich unter ihnen ab und nicht mehr zwischen dem Kapital und der Arbeit, insbesondere bei schwachem oder Nullwachstum (Spiel um Nullsummen); Abwertung des Solidaritätsbegriffs; Unmöglichkeit für jedermann (Gewerkschaft oder Partei), im Namen der «Arbeiter» zu sprechen.

Das materielle Wohlergehen und die soziale Sicherheit haben sich seit 40 Jahren stark verbessert, und dies stellt eine qualitative Veränderung der existenziellen Situation der Arbeitnehmer dar.

Ursachen: Friede, technischer Fortschritt, Ausweitung der Märkte, wirtschaftliche Regulierung durch den Staat, Geburtenkontrolle, «keynesianischer Kompromiss» zwischen Kapital und Arbeit.

Auswirkungen: Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens, der Reallöhne, Indexierung der Löhne, Erhöhung des Konsumniveaus und der persönlichen Sparquoten (inkl. Versicherungssparen), bedeutend enger geknüpft soziales Netz (gesicherte Ersatz- und Ergänzungseinkommen).

Gegen-Tendenzen: neue Armut (Unsicherheit und Verschuldung), Infragestellung des Sozialstaates, Deregulierung der Wirtschaft (Neo-Liberalismus).

Folgen: mehr individuelle Autonomie, Kultur und Freizeitverbringung; verstärkter Individualismus; Verminderung der zwischenmenschlichen und der Gruppen-Solidarität (zum Beispiel der gewerkschaftlichen); Abbröckeln der traditionellen Ziele der Gewerkschaften, wo diese bereits erreicht sind, Verlust an Anziehungskraft der Gewerkschaften.

Der Staat ist zur immer wichtiger werdenden wirtschaftlichen und sozialen Kraft geworden (Akkumulation, Umverteilung, Regulierung)

Ursachen: Reaktion auf die Krise der dreissiger Jahre; staatlicher Interventionismus, ausgelöst durch den zweiten Weltkrieg; Notwendigkeit für das Bürgertum, sich «sozial» zu geben, um die Zunahme der antikapitalistischen Länder und Kräfte stoppen zu können; Theorien von Keynes und «keynesianischer Kompromiss» (Sozial-

demokratie); Förderung der nationalen wirtschaftlichen Interessen im Zusammenhang mit der Öffnung der internationalen Märkte; massiver Einzug von Wissenschaft und Technik in die Produktion (Forschung, Ausbildung); Notwendigkeit, die sozialen Kosten des beschleunigten Wachstums meistern zu können; Staatsgläubigkeit der Arbeiterbewegung.

Auswirkungen: Wachsender Anteil des Staates am Bruttosozialprodukt und den Finanzen (obligatorische Abgaben, Sozialbeiträge und Steuern); Gewichtsverschiebung in bezug auf die Funktionen des Staates (von der «Zwangs»-Funktion zu den «Akkumulations»- und «Legitimations»-Funktionen); verstärkte Umverteilungsauswirkungen des Staates, zunehmende wirtschaftliche und soziale Gesetzgebung (auch auf der Verfassungsebene).

Gegen-Tendenzen: Krise des Keynesianismus, «weniger Staat», Aufwertung des Marktes und Deregulierung.

Folgen: Schrumpfung des Autonomie-Spielraums der andern wirtschaftlichen und sozialen Kräfte (Unternehmen, Gewerkschaften); Einbezug der Arbeitgeber und Arbeitnehmerorganisationen in den Staatsapparat (Institutionalisierung der Gewerkschaften); Politisierung der Gewerkschaften als politische Pressure Groups über die Vertreter im Parlament und die Instrumente der direkten Demokratie.

Die traditionelle Funktion der Gewerkschaften – Vertretung der Arbeitnehmer und Verhandlungen in ihrem Namen – wird problematisch

Ursachen: Heterogenität der Arbeitnehmer und Identitätsverlust der «Arbeiterklasse»; Unterschiede in bezug auf die Ausgangsbedingungen und die Erwartungen der Arbeitnehmer; widersprüchliche Interessen innerhalb der Arbeitnehmerschaft; schwacher gewerkschaftlicher Organisationsgrad (Schweiz: 30% «alles inbegriffen»); Gewerkschaftspluralismus und relative Schwächung des SGB (64% der Organisierten im Jahre 1950, 51% im Jahre 1985); verminderte Bereitschaft für kollektive Verhandlungen (Individualismus); Tendenz für direkte Verhandlungen von besonderen Kategorien, die ausserhalb der Gewerkschaften organisiert sind; zunehmende Regulierungsrolle des Staates; häufige Austritte von Betrieben aus ihrem Berufs- oder Industrieverband; Zwänge infolge der Internationalisierung der Märkte und der Unternehmen.

Folgen: Macht und Prestigeverlust der Gewerkschaft und Abwendung der Arbeitnehmer (sinkender Organisationsgrad, unterschiedlich je nach Branchen und Berufsgruppen), Verstärkung der institutionellen und politischen Rolle der Gewerkschaft.

Die Anziehungskraft der Gewerkschaft als Dienstleistungseinrichtung ist heute geringer geworden

Ursachen: Weil die Arbeit als zentraler Faktor im Leben an Bedeutung eingebüsst hat, ist die Arbeitnehmerorganisation zu einer Institution mit zu schmaler Grundlage geworden; die Unterschiede in bezug auf das Lebensniveau und die Kultur der Arbeitnehmer verlangen nach ei-

nem ebenso differenzierten Dienstleistungsangebot (Individualisierung des Angebots); die Verbesserung des materiellen Wohlstandes der Arbeitnehmer vermindert die Bedeutung des sozialen Angebots (Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem kommerziellen Angebot); die vermehrten Dienstleistungen des Staates schmälern das Potential der Dienste, welche die Gewerkschaft anzubieten hat.

Folgen: Vermehrung der Konsumenten-, Mieter- und Benützerorganisationen, die spezielle Dienstleistungen anbieten; Abnahme der Benützer der von der Gewerkschaft angebotenen Dienstleistungen (Ferienkolonie für Kinder, Volkshäuser, Ferienagenturen und -heime usw.); Umwandlung der Gewerkschaften in Verwalter staatlicher oder staatsähnlicher Dienste (Arbeitslosenkassen, Pensionskassen, Schlichtungsamt für Mieterangelegenheiten usw.).

Drei vorstellbare Auswege aus der Funktions- und Identitätskrise der Gewerkschaft

A. para-staatliche Gewerkschaftsinstitution, mit Kontroll-, Verwaltungs- und Schiedsgerichtsfunktion.

Aufgaben: Arbeitsinspektorat; Inspektorat für Lehrlingswesen; Verwaltung der Berufsbildung; Verwaltung der Arbeitslosenkassen und der Stellenvermittlungsbüros; Verwaltung der Pensionsfonds; Verwaltung der Politik in Bezug auf die ausländischen Arbeiter; Schlichtung von Arbeitskonflikten auf der Grundlage der einschlägigen Gesetze.

Bedingungen: Entpolitisierung der Gewerkschaften; Einheitsgewerkschaft; Finanzierung eines Netzes von

Funktionären und Vertrauensleuten mit öffentlichen Mitteln; parlamentarische Kontrolle über den Apparat und die Aktion der Gewerkschaft; Vertragsverhandlungen, die von ausserhalb der Gewerkschaft gebildeten Betriebs- (oder Branchen-) kommissionen geführt werden im Rahmen der einschlägigen Gesetze und Verordnungen (die auch als Grundlage für die Schiedsgerichtsverfahren dienen können).

B. Gewerkschaft der Bürger

Aufgaben: Übernahme der gesamten wirtschaftlichen Interessen der Bürger als Lohnabhängige, Mieter, Steuerzahler, Versicherte, Benützer der öffentlichen Dienste, Konsumenten.

Modalitäten: Integrierung der Arbeitnehmerorganisationen (Gewerkschaften), der Mieter, Konsumenten usw. in eine föderative Struktur oder eine Einheitsorganisation, die jedoch ihrer polyvalenten Funktion ent-

sprechend aufgebaut sein muss.

C. Gesinnungs- und Bewegungsgewerkschaft

«Motor» von selbstorganisierten sozialen Bewegungen und politische Pressionsgruppe.

Grundlagen:

✧ Die Gewerkschaft nimmt zur Kenntnis, dass die Tatsache, dass jemand Lohnempfänger ist, seine Identität, seine Interessen und gemeinsame Ziele nicht mehr bestimmt.

✧ Sie nimmt zur Kenntnis, dass eine einheitliche Vertretung und eine Einheitsorganisation der Arbeitnehmer nicht mehr möglich sind.

✧ Folglich akzeptiert sie, dass die Vertretung und die Verhandlung Angelegenheit verschiedener Organe oder Organismen sind, die sich auf der Berufs-, Betriebs- oder Branchenebene bilden, auf der Grundlage demokratischer Wahlen.

✧ Die Gewerkschaft konsti-

tuert sich also als «parteiliche» Organisation neben anderen, auf einer programmatischen und nicht einer kategoriebezogenen (Beruf, Industrie, Klasse) Grundlage.

Aufgaben:

✧ Definition und Durchführung eines umfassenden Programms (makro- und mikroökonomisch) auf den Gebieten der Produktion, der Arbeitsorganisation, der Verteilung und Umverteilung des Einkommens.

✧ Aktiv Beteiligte neben anderen in den demokratischen Prozessen, bei der Erarbeitung der Forderungskataloge und bei der Bestimmung der Verhandlungsdelegierten.

✧ Als politische Pressionsgruppe einwirken auf die Parteien, die Staatsorgane, die Bürger als Wähler in Bezug auf jene Inhalte ihres Programms, die nicht mit den Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern zusammenhängen, sondern mit der staatlichen Macht.

